

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 179 (2013)
Heft: 3

Artikel: China und die amerikanische Pazifikpolitik
Autor: Hieber, Saskia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327634>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

China und die amerikanische Pazifikpolitik

Die «neue» amerikanische Pazifikpolitik ist für China mit vielen Nachteilen und wenigen Vorteilen verbunden. Einerseits wachsen die chinesischen Befürchtungen, die USA stellten sich dem Aufstieg Chinas entgegen. Andererseits profitieren auch chinesische Öltanker und Handelsschiffe von der Sicherheit, die die amerikanische Marine auf internationalen Seeverkehrswegen weitgehend herstellt.

Saskia Hieber

Die Asieninitiativen der Regierung Obama, zusammengefasst unter dem Begriff «Pivot to Asia» beschäftigen sich mit Aussen- und Wirtschaftspolitik und mit militärischer Stationierung. Die geographische Ausrichtung geht einerseits nach Südostasien, wo die USA befürchten, wirtschaftlich und handelspolitisch Einfluss zu verlieren, und militärisch nach Ost- und Südasiens um alte (Japan) und neue (Indien) Bündnisse zu vertiefen.¹ Die Obama-Administration betont, die Initiativen richteten sich nicht gegen ein bestimmtes Land; Präsident Obama erklärte, die USA seien an einem starken und wohlhabenden China interessiert und begrüßten den Aufstieg Chinas.² Doch der chinesische Argwohn ist gross. Beijings Politiker geben vor, sich von den USA und ihren Verbündeten, bzw. Militäralianzen umzingelt zu fühlen und das bedrohe chinesische Interessen. Beijing sieht sich nicht nur im Ostchinesischen Meer (Seegrenze zu Japan) bedrängt, auch die geographische Projektion der amerikanischen Initiativen weiter in den Indischen Ozean und das Arabische Meer ist für China ärgend. Der Grund: Asiatische und andere Rivalen Chinas sind der Meinung, die chinesische Marine möge sich auf die eigene Küste und ostasiatische Gewässer beschränken.

In der Tat sind sicherheitspolitische Kooperationsanstösse Washingtons, wie die Trilaterale Verteidigungsinitiative mit Japan und Australien oder die Transpazifische Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit acht amerikanischen und

asiatischen Pazifikanrainern, dann doch gegen Chinas militärische Modernisierung und den Marineaufbau gerichtet.

Amerikas Asienstrategie «destabilisierend»

Aus chinesischer Sicht ist die neue amerikanische Asienstrategie nicht nur gegen China gerichtet, viel schlimmer, sie destabilisiere die Region:³ Amerikanische



Obama und San Suu Kyi, ASEAN – US Leaders' Meeting.

Bild: US State Dept.

Initiativen bedrohten und störten das über Jahrzehnte gewachsene innerasiatische Wirtschaftsgefüge. Die Region hätte sich trotz Chinas rasantem Aufstieg bemerkenswert friedlich entwickelt, was auch westliche Experten anerkennen. Dagegen investiere Amerika, wie früher gegen die Sowjetunion, erhebliche Sum-

men und polarisiere die asiatisch-pazifische Region.

Neu ist die Hinwendung der Regierung Obama nach Asien nicht. Die Vereinigten Staaten waren schon immer eine pazifische Macht – Europäer vergessen das gelegentlich. Viel mehr noch, hat die pazifische Dimension der amerikanischen Aussenpolitik die USA erst in den Status einer Weltmacht erhoben. Das Amerika des Ersten Weltkriegs war noch keine globale Macht. Doch mit dem Zweiten Weltkrieg und dem folgenden Aufbau eines Gegenküstenkonzepts, in dem der Kontinent USA auch die jeweilige atlantische und pazifische Gegenküste (durch Verbündete) kontrolliert, war der Aufstieg zur Weltmacht zementiert. Die pazifische Gegenküste sichern für die USA heute Japan, Südkorea und Singapur und früher zusätzlich die Philippinen, Taiwan und einzelne Staaten Südasiens. Kein anderer Staat der Welt ist zu solcher Interessen- und Machtprojektion fähig. Die USA sind nicht nur eine pazifische Macht, sondern auch eine westpazifische: U.S.-Territorium hört nicht bei den Hawaii-Inseln auf, sondern geht mit Midway und Marianen weit nach Westen und durch die Verteidigungsallianz mit Japan quasi bis ins Ostchinesische Meer, bis vor Chinas «Haustüre».

Aus dem kolonialen Interessengeschichte im China des 19. Jahrhunderts haben sich die USA weitgehend herausgehalten. Die chinesische Geschichtsschreibung erfasst wohlwollend, dass Amerika, das «schöne Land» (chin. Meiguo, «mei» heisst schön, «guo» heisst Land oder Reich), sich an der Kanonenbootpolitik westlicher Kolonialoffiziere und

Opiumhändler kaum beteiligt hatte. Die USA hatten zwar mit der Zeit Handelsrechte errungen, am Niederbrennen des Sommerpalastes oder an der Niederschlagung anti-westlicher und ausländergefeindlicher Aufstände im spätkaiserlichen China waren sie nicht beteiligt. Ein anderes, durchaus belastendes Kapitel sind die Missionare, die auch aus den USA nach China kamen. (Christliche) Missionierungsversuche, so wenig erfolgreich sie letztlich waren, wurden und werden als potentiell destabilisierende Einmischung von aussen betrachtet. Der Taiping-Aufstand ist ein schockierendes Beispiel für die verheerende Wirkung einer Mischung aus tosendem Volksaufstand und falsch verstandenem Christentum.

Rolle der USA im chinesischen Bürgerkrieg

Ambivalent war die Rolle der USA im chinesischen Bürgerkrieg. Keineswegs wurden die Politik der Guomindang, Chiang Kai-shek und die nationalchinesischen Truppen vorbehaltlos gegen die Kommunisten unterstützt. Dass Mao Tse-dong und die kommunistischen Truppen den Bürgerkrieg im Oktober 1949 für beendet und gewonnen erklären konnten und in Peking die Volksrepublik China ausriefen, während sich die nationalchinesische Politik und ihr Militär nach Taiwan zurückgezogen hatten, erklärt sich nicht nur aus mangelnder Unterstützung Washingtons für das «freie China». Die genaue Agenda Washingtons hinter General Pattons erfolglosen Vermittlungsversuchen zwischen Chiang und Mao in der letzten Phase des Bürgerkriegs (nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der japanischen Besatzung) erschliesst sich schwer. Die enttäuschte Taiwan-Lobby argumentiert, Washington habe das «freie China» zweimal verraten: 1949 und 1972, als der chinesische UN-Sitz (Sicherheitsrat) an das «rote» Festlandchina ging. Die Volksrepublik, die «China-Karte» war als Gegengewicht gegen die Sowjetunion wichtig geworden. Und Beijing benötigte aussenpolitische Alternativen gegen die übermächtige Sowjetunion. Die Sowjetunion als die grösste strategische Herausforderung für das kommunistische China zu beschreiben, ist angesichts der blutigen und teuren Grenzkriege absolut unzureichend.

Es existiert aber noch eine weitere Dimension in Amerikas Rolle im chinesi-



ASEAN – US Leaders' Meeting, Phnom Penh, Nov. 2012. Bild: US State Dept.

schien Bürgerkriegsdrama: Dass Amerika das «freie China» nicht rettete und sich nicht stärker für die Nationalchinesische Seite engagierte, hatte zu einer der gefährlichsten Fehleinschätzungen der chinesischen Aussenpolitik und letztlich zum Koreakrieg 1950–53 geführt. In Peking existierte die Meinung, wenn sich Washington kaum für Nationalchina eingesetzt habe, werde es sich auch nicht in und für Südkorea engagieren; ein fataler Irrtum, der einen vorübergehenden amerikanischen Rückzug aus Ostasien sofort revidierte. Der Koreakrieg rettete Taiwan und sichert bis heute seinen Status, in dem der amerikanische Präsident durch den «Taiwan Relations Act» im Bedrohungsfall die Möglichkeit hat, über «geeignete Mittel» zu entscheiden.⁴

Beziehungen USA – China

Die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik lassen sich grob in diese Phasen einteilen:

- 1950er: Koreakrieg und Chinas Anlehnung an die Sowjetunion (keine Alternative);
- 1960er: Politische Isolation Chinas, wirtschaftliche und politische Katastrophen durch Kollektivwirtschaft (Grosser Sprung vorwärts) und Massenkampagnen (Kulturrevolution);
- 1970er: Langsame Öffnung; 1972 – UN-Sitz, 1978 – Beziehungen zu USA. Mao stirbt. 1976 – Voraussetzung für Deng Xiaopings Wirtschaftsreformen;

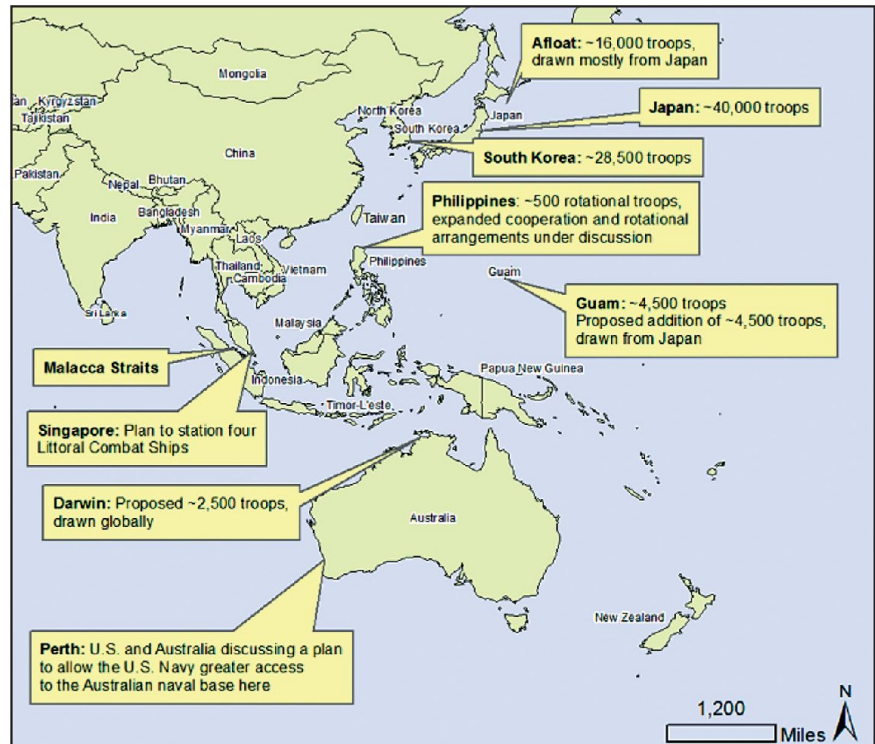
- 1980er: Ausbau der Wirtschaftsreformen, erste Krisen in China, 1989 – Tiananmen-Massaker;
- 1990er: China Regionalmacht, gute Beziehungen mit Clinton-Administration, Ende 1999 – Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad;
- 2000er Jahre: China wird internationaler Akteur, Kooperation in UN-Missionen, tritt WTO bei, stärkt Regionalorganisationen, freundliche Nachbarschaftspolitik, aber zunehmend kritischer gegen die USA. Gegen amerikanischen «Hegemoniestreben» und westliche Interventionen fordert China «Multipolarität»;
- 2010er Jahre: China ist trotz internationaler Finanzkrise auf dem Weg zur Wirtschaftssupermacht, fordert Sitz und Einfluss in westlich dominierten internationalen Politik- und Wirtschaftsorganisationen, fordert eine «demokratische internationale Politik» (gegen westliche Dominanz) und eine «harmonische Weltordnung» (in der, wiederum, der Westen nicht alleine bestimmt).

Ab 2009 schliesslich verschlechtern sich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen weiter. Die Olympischen Sommerspiele in Peking sind vorbei. Ohne Rücksicht auf (diplomatische) Verluste gehen Chinas Politik und Wirtschaft in die Welt, um eigene Interessen für Rohstoffe und Transportwege zu sichern. In Bezug auf Washington hofft man in Beijing, einige Pflöcke gegen den neuen amerikanischen Präsidenten einschlagen zu können. Ausserdem bedroht die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise auch

U.S. Truppenstationierungen Asien-Pazifik.
Bild: Congressional Research Service, März 2012

China. Die Wirtschaftswachstumsrate für 2012 beträgt nur noch knapp acht Prozent, so wenig wie seit dreizehn Jahren nicht mehr: Eine Katastrophe für die chinesische Regierung. Heisst es doch ein Minimum von acht Prozent Wirtschaftswachstum sei notwendig, um genügend Arbeitsplätze in dem Milliardenstaat zu schaffen, um den sozialen Frieden zu erhalten. Einige Nachbarstaaten Chinas suchen in Washington Rat und Schutz, die USA beklagen eine zunehmend selbstbewusste und aggressive chinesische Politik.

Beijing dagegen erklärt, die Kerninteressen der nationalen und territorialen Einheit, der Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums und der Ausweitung des internationalen Einflusses in Zukunft noch stärker zu vertreten und zu verteidigen. In China versteht man nicht, warum die friedliche Entwicklung im Südchinesischen Meer im nationalen Interesse der USA sind. Hierbei geht es nicht um freie und sichere Seeverkehrswege, von denen auch China profitiert, sondern um die



vermuteten Energievorkommen im Südchinesischen Meer und die geographische Verortung dieses Seegebiets: aus Beijinger

Sicht vor Chinas Küsten. In China, auch in der Bevölkerung, ist ein Verständnis von «unsere Territorialgewässer» entstan-

**Achtung Einsatz!
Auftragserfolg
durch sichere
Kommunikation.**



RUAG Schweiz AG | **RUAG Defence**
Allmendstrasse 86 | 3602 Thun | Switzerland | Tel. +41 33 228 22 65
marketing.defence@ruag.com | www.ruag.com

**Together
ahead. RUAG**

den, das weit über die Küstenzone hinausgeht.

Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen: eine Achterbahnfahrt, verschlimmert durch anti-japanischen und anti-westlichen Nationalismus in China. Chinesische Bürger schreiben Briefe und E-Mails an das Aussenministerium und fordern, nach aussen stärker aufzutreten, das Land nicht zu «verkaufen» und Japan «eine Lektion» zu erteilen.

Fazit

Auf wirtschaftspolitischer Ebene muss die gleiche Augenhöhe für China hergestellt werden. Nicht nur die chinesische Regierung, auch chinesische Institutionen und Unternehmen fordern, dass China in wirtschaftlichen Institutionen und Regelwerken, Beispiele seien die Weltbank und der Weltwährungsfond, gleichberechtigt Einfluss hat.

Auf aussen- und sicherheitspolitischer Ebene wäre ein zweigleisiger Ansatz vielversprechend: Erstens sollte Beijing an Chinas Verantwortung als «responsible stakeholder», als verantwortungsvolle Grossmacht im internationalen Sys-

tem erinnert werden. Als motivierendes Beispiel dient Chinas erfolgreiche Kooperationspolitik vor 2008, die viel internationales Ansehen etwa durch das Zugehen auf die ASEAN, den Freundschafts- und Kooperationsvertrag zum Südchinesischen Meer, die – nach anfänglichen Abweisungen – transparente Politik und Kooperation mit der Region in der SARS-Krise und die grossartigen Olympischen Sommerspiele 2008 gebracht haben.

Zweitens könnten andere massgebliche Akteure der internationalen Politik der chinesischen Regierung freundlich auf die Zehen treten und verdeutlichen, dass sich asiatische Nachbarn seit 2009 mit einigem Recht bedroht sehen und man diesen Befürchtungen Aufmerksamkeit schenkt.

Chinesischen Stimmen aber, die fordern, Japan eine «Lektion zu erteilen», mit einem «kurzen Krieg» die eigenen Ansprüche zu unterstreichen oder massive Abwehrmechanismen gegen die USA zu entwickeln muss entgegen getreten werden.

Nur, der Grat ist schmal. Ein Recht, amerikanische Eindämmung zurückzu-

weisen, hätte Beijing – ein Recht, die kleineren asiatischen Nachbarstaaten zu dominieren, aber nicht. ■

- 1 Congressional Research Service: Pivot to the Pacific? The Obama Administration's «Rebalancing Toward Asia»; Washington D.C. March 28, 2012; <http://www.fas.org/sgp/crs/natsec/R42448.pdf>
- 2 President Barack Obama and Vice President Xi Jinping, Remarks by President Obama and Vice President Xi of the People's Republic of China Before Bilateral Meeting, White House Office of the Press Secretary, February 14, 2012, <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/02/14/remarks-president-obama-and-vice-president-xi-peoplesrepublic-china-bil>.
- 3 Zheng Yongnian: US Asia-Pacific Strategy destabilizes region; http://www.china.org.cn/opinion/2012-09/29/content_26675703.htm
- 4 Taiwan Relations Act: http://www.princeton.edu/~achaney/tmve/wiki100k/docs/Taiwan_Relations_Act.html



Dr. Saskia Hieber
Akademie für politische
Bildung, Tutzing
Lehrbeauftragte
Uni München
83626 Valley



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Schweizer Armee
Führungstab der Armee FST A
Kompetenzzentrum SWISSINT

Schriftliche Bewerbung an:
Führungstab der Armee
Kompetenzzentrum SWISSINT
11 Personal
Kasernenstrasse 8
6370 Stans-Oberdorf
recruit.swissps@vtg.admin.ch
www.armee.ch/peace-support

Weitere interessante Stellenangebote
der Bundesverwaltung finden Sie unter
www.stelle.admin.ch

Militärische Auslandseinsatzmöglichkeit

SWISSCOY (KFOR, Kosovo)

Wir suchen für das Schweizer-Kontingent im Kosovo

militärisches Personal und Kader aller Stufen

Ihr Profil:

Sie verfügen über eine Lehre oder Matura, einen einwandfreien Leumund und gute militärische Qualifikationen. Sie sind Schweizer Bürger/in im Alter von 20 bis 45 Jahren, haben erfolgreich die Rekrutenschule/Kaderschule absolviert und sind/waren diensttauglich. Sie sind charakterlich und körperlich robust.

www.armee.ch/peace-support-jobs

Unsere Erwartung:

Sie sind bereit, während 8 Monaten (2 Monate in der Schweiz und 6 Monate im Ausland) die Arbeitskraft in den Dienst der internationalen Völkergemeinschaft zu stellen. Sie sind fähig, sich in eine militärisch organisierte und international geführte Gemeinschaft einzufügen.

